

## Beschluss Dringlichkeitsantrag zum Krieg in der Ukraine und dessen Folgen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 02.04.2022

Tagesordnungspunkt: Dringlichkeitsanträge

### Antragstext

#### 1 I Einführung

2 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg  
3 in der Ukraine und stehen solidarisch an der Seite der Ukrainer\*innen und aller vom Krieg  
4 betroffenen Personen und Geflüchteten.

5 Wladimir Putins Krieg verändert die geo- und sicherheitspolitische Situation in Europa  
6 fundamental. Darauf müssen wir in der Europäischen Union Antworten finden. Es ist richtig,  
7 dass in einer „Zeitenwende“ alte Wahrheiten nicht mehr gelten. Gleichwohl ist es umgekehrt  
8 nicht geboten, einfache Antworten in einer Zeit zu geben, in der viele Fragen noch offen  
9 sind. Eine angemessene Antwort umfasst Sicherheit, internationale Zusammenarbeit und  
10 humanitäre Hilfe, europäische Souveränität ob bei der Energie- oder der  
11 Nahrungsmittelversorgung, Antworten auf die Klimakrise sowie auf die sozialen Fragen dieser  
12 Zeit gleichermaßen. Ein sehr großer Teil unserer Gesellschaft ist zurecht besorgt über den  
13 Krieg und dessen Auswirkungen auf unser hiesiges Leben. Wir geben diesen Ängsten Raum und  
14 begegnen den sozialen Folgen des Krieges energisch.

15 Bündnis 90/Die Grünen Berlin stehen solidarisch an der Seite all jener in der russischen  
16 Zivilgesellschaft, die unter schwersten Bedingungen deutliche Kritik am Krieg der eigenen  
17 Regierung üben und unter politischer Verfolgung leiden. Wir stellen uns überdies entschieden  
18 gegen die zunehmenden Anfeindungen und Übergriffe gegen ukrainische sowie russlandstämmige  
19 und russischsprechende Menschen und Einrichtungen in unserer Stadt. Wir setzen uns für ein  
20 Berlin ein, in der alle Menschen sich sicher und frei bewegen und leben können.

#### 21 II Sicherheitspolitik umfassend denken

22 Wir müssen in unsere Sicherheit investieren und diese Sicherheit breit denken, um Frieden  
23 langfristig zu gewährleisten. Die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit wird aber nicht nur  
24 durch zweckmäßig ausgestattete Bundeswehr und Rüstungsgüter erreicht. Dazu gehört eine  
25 funktionierende Abwehr gegen Desinformationskampagnen oder Cyber-Angriffe auf kritische  
26 Infrastrukturen, z.B. auf die Wasser- oder Stromversorgung. Zentrale Voraussetzung für  
27 langfristigen und nachhaltigen Frieden und Sicherheit sind zudem Diplomatie, feministische  
28 Klimaaußenpolitik, atomare Abrüstung, internationale zivile Krisenprävention sowie  
29 humanitäre Hilfe.

30 Daher setzen wir uns dafür ein, dass Sicherheitspolitik umfassend verstanden wird und sich  
31 dies auch im Haushalt des Bundes widerspiegelt. Im Fokus der haushaltspolitischen  
32 Entscheidungen müssen die tatsächlichen Bedarfe und die Angemessenheit des Vorhabens stehen.  
33 Nur wenn wir in diesem Sinne in den Frieden investieren, werden wir tatsächlich mehr  
34 Sicherheit erreichen können. Mehr Sicherheit erreichen wir nicht durch das Verfolgen des 2%-  
35 Ziels der NATO-Staaten, sondern durch gezielte Investitionen in die Bündnis- und  
36 Verteidigungsfähigkeit. Die Verankerung militärpolitischer Ziele im Grundgesetz lehnen wir  
37 strikt ab. Ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro nur für die Bundeswehr, genauso wie  
38 die Kürzung von Haushaltsmitteln für die soziale Sicherheit zu Gunsten der  
39 Aufrüstungsfinanzierung sind nicht zielführend. Zusätzliche Mittel für die Bundeswehr kommen

40 erst nach einer umfassenden Prüfung der Verwendung bereits vorhandener Mittel des  
41 Bundesverteidigungsministeriums in Betracht. Zusätzliche Mittel im Bereich Verteidigung  
42 müssen mit klarer Zielvorgabe, unter maßgeblicher Berücksichtigung eines erweiterten  
43 Sicherheitsbegriffs eingesetzt und deren Einsatz parlamentarisch kontrolliert werden.  
44 Wichtig ist zudem, das in Teilen dysfunktionale Beschaffungswesen zu verbessern. Zugleich  
45 braucht es endlich eine strukturelle Antwort auf das zunehmend transparent werdende  
46 Rechtsextremismus-Problem der Bundeswehr.

47 Die aktuellen Erfahrungen führen uns noch einmal vor Augen, dass es einen grundlegenden  
48 Reformbedarf hinsichtlich der grundgesetzlichen Schuldenregel gibt. Es ist finanzpolitisch  
49 nicht nachhaltig, wenn notwendige Investitionen unterbleiben. Nicht zuletzt geht es jetzt  
50 darum, den krisenresilienten Ausbau der Verkehrs- und Energiewende zu ermöglichen, die die  
51 Grundlage unserer energie- und sicherheitspolitischen Unabhängigkeit sind. Aufgrund der  
52 aktuellen Herausforderungen ist es nötig, dass auch bei der Kreditaufnahme alte  
53 Glaubenssätze auf den Prüfstand kommen. Klar ist für uns, dass Menschen, die über mehr Geld  
54 verfügen auch mehr zur Finanzierung notwendiger Investitionen beitragen müssen, besonders in  
55 dieser Ausnahmesituation.

56 Wir alle wünschen uns eine rasche Rückkehr zum Frieden. Dabei ist klar: Die Ukraine hat wie  
57 alle souveränen Staaten das Recht auf Selbstbestimmung und territoriale Integrität.

58 Eine EU-Mitgliedschaft ist nie eine Frage von Tagen oder Monaten, doch wenn die Ukraine  
59 diesen Weg langfristig gehen sollte, sollte sie auf dem Weg unterstützt werden, um die  
60 notwendigen Kriterien schnellstmöglich erfüllen zu können. Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
61 bekennen sich zum Selbstverteidigungsrecht der Ukrainer\*innen. Die Waffenlieferungen der  
62 Bundesregierung an die Ukraine sind vor dem aktuellen Hintergrund ein gebotenes, wenngleich  
63 schmerzhaftes letztes Mittel. Sie müssen ein Ausnahmefall bleiben. Grundsätzlich gilt  
64 weiterhin das Exportverbot von Rüstungsgütern in Kriegs- und Konfliktgebiete. Wir fordern  
65 von der Bundesregierung überdies, dass sie das Rüstungsexportkontrollgesetz rasch  
66 vorantreibt und begrüßen, dass Annalena Baerbock scharfe Regelungen angekündigt hat.

67 Um Putin nicht nur mit Waffenlieferungen, sondern wirtschaftlich und innenpolitisch in die  
68 Knie zu zwingen, gilt es die Europäischen Sanktionen gegen russische Oligarchen bzw.  
69 Personen auf der EU-Sanktionsliste endlich konsequent durchzusetzen: Die Berliner  
70 Strafverfolgungsbehörden müssen sicherstellen, dass bestehende Vermögenswerte eingefroren  
71 werden. Länder und Kommunen brauchen zudem eine schnelle Handreichung der gesetzlichen  
72 Grundlagen und Verfahren sowie eine enge Zusammenarbeit mit der Taskforce des Bundes. Zudem  
73 sollte das Instrument der Beschlagnahmung von Wohn- und Gewerbeimmobilien zur Umsetzung von  
74 Sanktionslisten bundesgesetzlich ermöglicht werden. Italien ist hier ein gutes Vorbild, wie  
75 es funktionieren kann. Zudem sollte über die Taskforce der G7-Staaten auch Europol mit  
76 einbezogen werden.

77  
78 Besonders auf dem Berliner Immobilienmarkt besteht hier Handlungsbedarf: Die vielen  
79 Möglichkeiten der Eigentumsverschleierung in Deutschland rächen sich hier bitter. Personen,  
80 die auf der EU-Sanktionsliste stehen müssen daran gehindert werden mit Immobilien oder  
81 Bauprojekten weiterhin Einkünfte und Vermögen zu erzielen. Um mehr Transparenz auf dem  
82 Immobilienmarkt herzustellen, braucht es weiterhin dringend ein Mieten- und  
83 Liegenschaftskataster, in das der wirkliche Eigentümer eingetragen werden muss. Hier steht  
84 der Senat in der Pflicht, endlich die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen. Wir Grüne  
85 fordern grundsätzlich: undurchsichtige Firmengeflechte sollten keine Immobilien mehr  
86 erwerben können. Steueroasen müssen zudem trocken gelegt werden.

87 III Globale Gerechtigkeit und sozialer Friede in einer Zeit sich potenzierender Krisen

88 Aufgrund des Krieges sind globale Nahrungsmittelkrisen zu befürchten. Die internationale  
89 Staatengemeinschaft steht in der Pflicht, humanitäre Katastrophen in Ländern wie Jemen und  
90 Somalia zu verhindern und unkompliziert Hilfen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, dem  
91 UN-Welternährungsprogramm Geld zur Verfügung zu stellen, damit es auch zu höheren Preisen  
92 Nahrungsmittel für die betroffenen Regionen kaufen kann. Hier kann Deutschland ein klares  
93 Zeichen globaler Solidarität setzen.

94 Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig nachhaltige Ernährungssysteme,  
95 Ernährungssouveränität und die Unabhängigkeit von energieintensiven Produktionsmitteln sind.  
96 Wir Grüne setzen deshalb konsequent auf ein gegenüber Krisen robusteres Ernährungssystem,  
97 das durch eine deutliche Reduktion der Tierbestände und Stärkung der pflanzlichen Ernährung  
98 weniger Fläche für die Futterproduktion verbraucht, und fordern, den „Green Deal“ und die  
99 „Farm to Fork“ auf EU-Ebene weiter voranzubringen, um Klima-, Arten- und Tierschutz zu  
100 fördern.

101  
102 Zusammen mit unseren Partner\*innen in der Europäischen Union und in der Tradition eines  
103 echten Multilateralismus wollen wir insbesondere auch mit den Ländern des globalen Südens  
104 zusammenarbeiten. Nur wenn alle Menschen sicher vor Hunger, Klimafolgen und Diskriminierung  
105 sind, können sie in Frieden leben. Für uns bedeutet Sicherheit daher auch, unsere  
106 gemeinsamen Ziele für globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Wir  
107 fordern daher die Umsetzung des 0,7 % Zieles in der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit,  
108 wie im Ampel-Koalitionsvertrag vereinbart. Dort haben die Regierungsparteien auch erklärt,  
109 dass die Ausgaben für Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, AKBP und  
110 Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab eins-zu-eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen  
111 sollen. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe müssen weiterhin ein Grundpfeiler  
112 der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bleiben und entsprechend finanziert werden.

113 Die wirtschaftlichen und ökonomischen Folgen des Krieges sind auch hierzulande bereits  
114 deutlich zu spüren. Im Zuge des Krieges sind etwa die Energie- und Lebensmittelpreise enorm  
115 gestiegen. Darum ist es wichtig für Entlastung und soziale Sicherheit zu sorgen. Dabei ist  
116 es entscheidend, gerade Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen direkt zu entlasten,  
117 die auf die Unterstützung besonders angewiesen sind. So bleibt unsere Gesellschaft in Zeiten  
118 der Krise handlungsfähig und hält zusammen. Es ist gut, dass die Bundesregierung bereits  
119 zwei Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat, u.a. mit einem Heizkostenzuschuss für  
120 Wohngeld-Empfänger\*innen von 270 Euro, einem monatlichen Kinder-Sofortzuschlag für Familien  
121 mit geringem Einkommen, einem Einmalbonus in Höhe von 100 Euro zum Kindergeld, einer  
122 Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro für Menschen in der Grundsicherung und einer Erhöhung des  
123 Mindestlohns auf 12 Euro ab 1. Oktober und einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro  
124 als Zuschuss zum Gehalt. Ein besonderer Erfolg unserer Grünen Akteur\*innen in den  
125 Verhandlungen ist ein 90-Tage-Ticket für den ÖPNV, das nur 9 Euro im Monat kosten soll. Das  
126 sichert Mobilität für Millionen von Pendler\*innen und ist ein großer Schritt nach vorne für  
127 eine bezahlbare und klimaneutrale Verkehrswende. Trotz dieser ersten richtigen Schritte:  
128 auch Student\*innn und Rentner\*innen müssen in dieser Krise unterstützt werden. Wir müssen  
129 darauf achten, dass niemand durchs soziale Netz fällt. Überdies schließen wir uns den  
130 Forderungen vieler Verkehrsminister\*innen der Länder an, dass das 90-Tage-Ticket für den  
131 ÖPNV zum Nulltarif angeboten werden sollte und die Mittel des Bundes zusätzlich zu den  
132 bisherigen Regionalisierungsmitteln kommen müssen. Nach dem Ausbau der Kapazität des ÖPNV,  
133 insbesondere in Zeiten starker Auslastung, wollen wir langfristig die Tarife fahrscheinlos  
134 gestalten.

135 Die Folgen des Ukraine-Krieges werden uns noch über lange Zeit begleiten. Von einer  
136 schnellen Entspannung bei den Preisen ist nicht auszugehen. Wir fordern daher, die rasche  
137 Anpassung der Regelsätze der Grundsicherung und deren substantielle Anhebung. Wir brauchen

138 sozial ausgewogene, effektive und nachhaltige Entlastungen. Soziale Gerechtigkeit und  
139 Klimaschutz dürfen hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen beides.

#### 140 IV Energiewende in Land und Bund

141 Der Krieg in der Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie gravierend die Abhängigkeit  
142 von fossilen Energieimporten aus Russland ist, in die wir in den letzten Jahrzehnten geraten  
143 sind. Die Abhängigkeit Deutschlands und Berlins von Gas-, Kohle- und Ölimporten aus Russland  
144 muss sowohl aus klima-, friedens- wirtschafts- als auch aus sicherheitspolitischen Gründen  
145 so schnell wie möglich beendet werden.

146 Dafür müssen wir neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien auch solidarisch Energie sparen.  
147 Eine fortbestehende fossile Abhängigkeit ist nicht tragbar, da sie zum einen Putins Diktatur  
148 und Krieg finanziert und zum anderen höchst klima- und umweltschädlich ist. Wir können und  
149 sollten uns nicht auf die fossilen Energielieferungen von unberechenbaren Autokraten  
150 verlassen, stattdessen muss unser Ziel die europäische Energiesouveränität durch Erneuerbare  
151 Energien sein. Echte Energiesouveränität und Unabhängigkeit von russischen Energieträgern  
152 wird es nur mit den Erneuerbaren geben. Wir brauchen deshalb einen Energiewende-Booster, um  
153 den Umstieg auf 100% Erneuerbare möglichst rasch zu schaffen.

154 Kurzfristig müssen die Bundesregierung und die Europäische Union die Zufuhr fossiler  
155 Energieträger diversifizieren, um die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Wir begrüßen  
156 daher, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck mit Hochdruck genau diese Idee der  
157 Energiesouveränität u.a. durch einen massiv beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien  
158 und eine Photovoltaikpflicht vorantreibt und gleichzeitig die Versorgungssicherheit durch  
159 Diversifizierung, Steigerungen der Energieeffizienz und den Bau von Gasspeichern im Blick  
160 behält. In der aktuellen Notlage kann dies bedeuten, dass wir fossile Energien auch aus  
161 Ländern beziehen müssen, von denen wir lieber keine Energie beziehen würden, wie z.B. Katar.  
162 Es kann aber nur eine letztmögliche und kurzfristige Lösung sein, dass wir uns von einem  
163 autokratischen Regime ab- und einem anderen zuwenden.

164 Auch in Berlin stehen wir vor der Herausforderung, die Versorgungssicherheit zu  
165 gewährleisten und zugleich die Energiewende beschleunigt voranzutreiben. Noch können wir  
166 nicht komplett auf Gas für die Wärmeversorgung verzichten. Wir werden aber alles tun, um Gas  
167 schnellstmöglich durch klimaneutrale Wärmequellen zu ersetzen und die Gasinfrastruktur  
168 umzubauen – für eine erneuerbare Wärmeversorgung in Berlin. Am Kohleausstieg noch vor 2030  
169 halten wir fest.

170 Unser 10-Punkte-Plan im Wärmebereich sieht dabei kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen  
171 vor, die wir nun gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern auf den Weg bringen wollen. Dafür  
172 wird es aber auch zusätzliche Mittel jenseits der aktuellen Haushaltsberatungen brauchen.  
173 Die rot-grün-rote Koalition hat sich darauf verständigt, dass Investitionen in die Energie-  
174 und Mobilitätswende einen Schwerpunkt dieser Legislatur bilden sollen. Der Krieg in der  
175 Ukraine zeigt uns drastisch, wie dringlich eine solche Schwerpunktsetzung ist.

176 1. Wir müssen mehr Erneuerbare Wärme in die Heizungskeller bringen. Dazu wollen wir ein  
177 Austauschprogramm von Gasheizungen hin zu Wärmepumpen auf den Weg bringen. Zudem soll der  
178 Austausch von Heizkörpern gefördert werden, um die Häuser und Wohnungen fit für Wärmepumpen  
179 zu machen. Wir prüfen einen Wärmepumpenbonus für Handwerker\*innen und beenden die  
180 Landesförderung für Gasbrennwertthermen. Für den Neubau schöpfen wir unsere rechtlichen  
181 Möglichkeiten für einen Einbaustopp von Gasthermen aus.

182 2. Wir müssen bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze schneller vorankommen. Hierfür wollen  
183 wir die Umstellung der Fernwärme auf Erneuerbare bzw. Abwärme beschleunigen und mit den  
184 Betreibern der bestehenden Erdgasverteilnetze verbindliche Ausstiegspläne vereinbaren.

185 3. Berlins erneuerbare Wärmepotentiale wollen wir mit einer Wärmeplanung noch konsequenter  
186 erschließen. Dazu wollen wir eine Landesförderung für regenerative Nahwärmenetze einführen.

187 4. Wir werden auch die Potentiale der Geothermie stärker nutzen. Dafür werden wir in einem  
188 ersten Schritt die Datenbasis für die Nutzung von Tiefengeothermie in Berlin verbessern. Für  
189 die kostspielige umfassende Erkundung suchen wir sowohl die Unterstützung des Bundes als  
190 auch mögliche Kooperationen mit der Wirtschaft. Wir nehmen einen neuen Anlauf, um den  
191 Zielkonflikt zwischen der Sicherung unseres Grundwassers und oberflächennaher Geothermie zu  
192 lösen. Auch die Potentiale grünen Wasserstoffs müssen wir nutzen – insbesondere als  
193 Speicher, für Industrie und Schwerlastverkehr. Dafür braucht es Unternehmen, die sich  
194 hierfür engagieren, und deutlich mehr grünen Strom. Eine echte Offensive schaffen wir nur  
195 gemeinsam mit Brandenburg.

196 5. Wir brauchen ein ambitioniertes und machbares Sanierungsprogramm für Berlins Häuser. Dazu  
197 müssen wir bewährte Förderprogramme stärken. Die Ankündigung der Bundesregierung, einen  
198 ordnungsrechtlichen Rahmen zu schaffen, begrüßen wir. Etwaige notwendige Lücken schließen  
199 wir im Rahmen eines Erneuerbare-Wärme-Gesetzes.

200 6. Eine der dringlichsten Maßnahmen ist eine Offensive für mehr Fachkräfte in Klimaberufen.  
201 Wir starten deshalb in Abstimmung mit dem Berliner Handwerk, den Kammern und Innungen, eine  
202 Aus- und Fortbildungsinitiative, um mehr Menschen für Klimaschutzberufe zu begeistern.

203 7. Wir wollen Energiesparchecks für alle öffentlichen Gebäude verpflichtend durchführen und  
204 schnell und einfach umzusetzende Einsparmaßnahmen auf den Weg bringen. Privathaushalte  
205 wollen wir mit einer Energiesparkampagne und einer kostenlosen Erstberatung über ihre  
206 Einsparpotentiale informieren und die bereits vorhandenen Angebote stärker bewerben. So ist  
207 ein Großteil der Gasetagenheizungen in Berlins Mietshäusern überdimensioniert, die Anlagen  
208 verbrauchen mehr Gas als zum Heizen der Wohnungen nötig ist – zum Schaden der Mieter\*innen.  
209 Wo die gestiegenen Energiekosten aufgrund der Einkommenssituation schwer zu verkraften sind,  
210 müssen neben finanziellen Entlastungen Angebote der Energieschuldenberatung und Maßnahmen  
211 zur Vermeidung von Strom- oder Gassperren greifen.

212 8. Wir prüfen, wie wir die Grundsteuer und Grunderwerbssteuer an der Energieeffizienz des  
213 Gebäudes orientieren können. Je besser saniert ein Gebäude ist, desto weniger zahlt ein\*e  
214 Eigentümer\*in, je schlechter der Sanierungszustand, desto mehr. So setzen wir klare Anreize,  
215 in Energieeffizienz zu investieren.

216 9. Die Wärmewende braucht mehr grünen Strom. Das bedeutet für Berlin vor allem,  
217 Photovoltaikanlagen auf Berlins Dächern. Deshalb haben wir Grüne das Ziel von 25% Solarstrom  
218 2035 im Koalitionsvertrag duragesetzt. Mit dem Solargesetz Berlin, der Solarpflicht für  
219 öffentliche Gebäude im EWG und dem Masterplan Solarcity haben wir bereits wichtige Weichen  
220 für die notwendige Beschleunigung des PV-Ausbaus gestellt. Diesen Weg muss das Land Berlin  
221 konsequent fortsetzen.

222 10. Wir wollen die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und unseren dort an der Regierung  
223 beteiligten bündnisgrünen Parteifreund\*innen intensivieren. Beide Bundesländer können  
224 gemeinsam die Wärmewende schaffen, wie eine Studie des Fraunhofer-Instituts im Auftrag von  
225 Bündnisses Kohleausstieg Berlin gezeigt hat. Dafür gründen wir eine gemeinsame Task Force  
226 Energiewende in der Metropolregion.

## 227 V Klimaschutz und Mobilitätswende

228 Die Klimakrise und die zunehmend steigenden Energiepreise aufgrund des Kriegs in der Ukraine  
229 zwingen uns überdies dazu, klimaschädliche Energieträger sparsamer und effizienter  
230 einzusetzen. Einsparpotential gibt es im Land Berlin insbesondere auch mit Blick auf den

231 motorisierten Individualverkehr, da der Verkehrssektor nach wie vor der zweitgrößte Emittent  
232 von CO2 ist. Eines ist klar: Der Umstieg auf Elektromobilität macht den Verkehr zwar weniger  
233 klimaschädlich, verbraucht dennoch Energie und kostbare Ressourcen. Die Mobilitätswende muss  
234 daher mehr sein als eine bloße Antriebswende. Unser Ziel, möglichst viele Menschen davon zu  
235 überzeugen vom Auto auf Bus, Bahn, Rad oder Fuß umzusteigen ist heute wichtiger und  
236 drängender denn je. Zentral wird dabei sein, dass wir den ÖPNV noch attraktiver gestalten.

237 Daher werden wir eine Attraktivitäts-Offensive starten. In der letzten Periode haben wir  
238 bereits die größte ÖPNV-Infrastruktur-Investitions-Phase gestartet, die es in Berlin je gab.  
239 Mit neuen Linien, einem besseren Takt und einem deutlich gesteigerten Angebot wird dies  
240 schon bald erste Erfolge zeigen. Nun gilt es diesen Weg zu verstärken. Wir werden daher die  
241 Bahnhöfe aufwerten, für mehr Sicherheit im ÖPNV sorgen und auch Abos attraktiver machen. Um  
242 diese Offensive zu finanzieren und insbesondere am Stadtrand mehr Angebote schaffen zu  
243 können, führen wir eine dritte Finanzierungssäule ein. In einem ersten Schritt werden die  
244 Gebühren fürs Anwohner- und fürs Kurzzeitparken erhöht. Dies allein wird jedoch nicht  
245 reichen. Wir werden darüber hinaus noch weitere Einnahmequellen benötigen, wie  
246 beispielsweise eine Maut, die vor allem PKWs mit hohen CO2-Emissionen betrifft und sozial  
247 gestaffelt ist. Deren Einnahmen sollen für die Vergünstigung des Verkehrs und den Ausbau des  
248 ÖPNV, gerade in den Außenbezirken, verwendet werden.

249 Wir unterstützen die Pläne der SenUMVK, die Verfahren für Bus- und Radspuren zusammen mit  
250 den Bezirken zu beschleunigen. Diesen Weg wollen wir kontinuierlich ausbauen. Um schnell  
251 fossile Energien einsparen zu können, fordern wir zudem die Einführung von mindestens einem  
252 autofreien Sonntag pro Monat in Berlin. Wir werden überdies alle rechtlichen Möglichkeiten  
253 nutzen, um Tempo 30 für den motorisierten Individualverkehr in der Stadt durchzusetzen. Wer  
254 sein Auto stehen lässt oder gar keines besitzt, soll dennoch rasch und bequem vorankommen.  
255 Wir tun alles, damit das künftig auch für Pendler\*innen und für Menschen gilt, die am  
256 Stadtrand wohnen.

#### 257 VI Berlin als „sicherer Hafen“ für alle Geflüchteten

258 Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht aus der Ukraine. Dabei ist Berlin als  
259 „Sicherer Hafen“ für viele Menschen, nicht zuletzt aus der organisierten ukrainischen  
260 Zivilgesellschaft, ein Hauptziel. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Menschen in der  
261 Ukraine und aller Geflüchteten aus der Ukraine. Diese Entwicklung und die anhaltend hohe  
262 Zahl an Schutzsuchen, auch aus anderen Konfliktgebieten, bedeuten einen organisatorischen,  
263 logistischen und humanitären Kraftakt für Senat, Bezirke und die gesamte Stadtgesellschaft.  
264 Wir senden dennoch das klare Signal: Wir lassen Euch nicht allein! Das schließt explizit  
265 auch alle Schwarzen Menschen, People of Color und Drittstaatler\*innen und Staatenlosen ein,  
266 die sich derzeit auf der Flucht vor dem Krieg befinden

267  
268 Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen scharf die Anwendung von „Racial Profiling“ an der  
269 polnisch-deutschen Grenze durch die Bundespolizei sowie die schamlosen und rassistischen  
270 Bemühungen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Geflüchteten zu unterscheiden. Der Krieg in  
271 der Ukraine trifft alle dort lebenden Menschen, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft. Für  
272 uns steht fest: Die Bundesregierung muss allen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine  
273 flüchten, den gleichen Schutz und die gleichen Aufenthaltsrechte bieten.

274 So etwa Angehörige der Minderheit der Roma, die bereits vor dem Krieg stark diskriminiert  
275 und sozial-benachteiligt waren. 40% der in der Ukraine lebenden Rom\*nja sind staatenlos. Wir  
276 benötigen eine funktionierende Verteilung nach dem Königsteiner Schlüssel auf die anderen  
277 Bundesländer. Besonders vulnerable Geflüchtete wie LSBTIQ\* und BIPOC sollen aber nicht gegen  
278 ihren Willen durch das EASY-System nach Königsteiner Schlüssel an Orte ohne unterstützende

279 Strukturen verbracht werden, sondern dauerhaft in Berlin bleiben können. Bei Menschen mit  
280 Behinderung soll eine Verteilung außerhalb Berlins nur dann erfolgen, wenn vor Ort gleiche  
281 Möglichkeiten zur Teilhabe wie in Berlin bestehen. Für diejenigen, die in Berlin bleiben,  
282 gilt es nun schnell und unbürokratisch die Registrierung zu ermöglichen, die  
283 Gesundheitsversorgung sicherzustellen und Zugang zu Ausbildung, Studium und Arbeitsmarkt  
284 tatsächlich zu ermöglichen. Wir werden uns auf Bundesebene und auch in Berlin mit allen  
285 Kräften dafür einsetzen, dass für Drittstaatsangehörige gleichberechtigte  
286 Aufenthaltsperspektiven geschaffen werden. Dazu gehört es auch, die Menschen in die Lage zu  
287 versetzen, rechtliche Voraussetzungen erfüllen zu können. Es braucht zudem in Absprache  
288 zwischen Bund und Ländern einen klaren finanziellen Rahmen, der die besondere Situation  
289 Berlins anerkennt und dieser gerecht wird. Die Bundesregierung steht in der Pflicht, dem  
290 Land Berlin die notwendigen Finanzmittel und strukturellen und personellen  
291 Unterstützungsangebote zügig bereit zu stellen.

292 Die Berliner Stadtgesellschaft hat in den vergangenen Wochen enormes geleistet. Die gezeigte  
293 Solidarität und das gelebte Engagement boten vielen Menschen in einer für sie verzweifelten  
294 Lage Hoffnung. Nicht nur zu Beginn der Krise waren der Berliner Senat und die Verwaltung auf  
295 die Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen, bis heute ist die ehrenamtliche  
296 Helfer\*innenstruktur unverzichtbar und garantiert, dass Berlin der Aufgabe weiter gewachsen  
297 bleibt. Es gilt nun diese Lage Schritt für Schritt in geordnete Bahnen zu lenken und  
298 dauerhaft funktionierende Strukturen für Ankunft, Unterbringung und soziale und  
299 gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit zwischen  
300 professionellen und den bereits bestehenden ehrenamtlichen Strukturen von besonderer  
301 Bedeutung, um die Kontinuität von Projekten und Angeboten zu sichern und eine stete  
302 Verbesserung der Angebote zu erreichen. Dafür braucht es in einem ersten Schritt eine  
303 vereinfachte und direkte Gewährung von Personal- und Sachmitteln für die  
304 zivilgesellschaftlichen Träger durch die Zuwendungsstellen zum Aufbau professioneller  
305 Hilfestrukturen neben dem ehrenamtlichen Engagement. In einem zweiten Schritt wird  
306 mittelfristig ein neuer „Masterplan“ benötigt, der die Teilhabe und Inklusion aller  
307 geflüchteter Menschen aus der Ukraine auf Landes- und Bezirksebene sowie in allen  
308 gesellschaftlichen Bereichen aktiv befördert. Dabei sollen u.a. geflüchtete Kulturschaffende  
309 und Kulturprojekte für Geflüchtete besondere Unterstützung erfahren sowie Jugendbegegnungen  
310 zur Kriegsaufklärung gefördert werden.

311 Der Berliner Senat hat in den letzten Wochen schnell und geschlossen agiert, um die  
312 Geflüchteten angemessen unterzubringen und zu versorgen. Aber wir müssen damit rechnen, dass  
313 in den nächsten Wochen die Zahl der Menschen, die zu uns flüchten, noch weiter ansteigen  
314 wird. Deshalb sind eine funktionierende Struktur und ausreichende Kapazitäten in den  
315 Ankunftszentren sicherzustellen. Vulnerablen Gruppen müssen überdies sichere Unterkünfte  
316 unterbreitet werden, die ihren Sicherheitsbedarfen Rechnung tragen. Wir fordern daher den  
317 Senat auf, die zivilgesellschaftlichen Organisationen bei der Einrichtung von eigenen  
318 Unterkünften für LSBTIQ\*- und BIPoC-Geflüchtete als ‚Safer Spaces‘ zu unterstützen. Zudem  
319 müssen in allen Einrichtungen Betreiber\*innenschutzkonzepte für vulnerable Gruppen zur  
320 Prävention und zum Schutz vor Sexismus, sexualisierter Gewalt, Rassismus oder  
321 Queerfeindlichkeit implementiert werden. Den Senat fordern wir auf, zivilgesellschaftliche  
322 Plattformen, die die private Unterbringung Geflüchteter organisieren, professionell zu  
323 beraten. Dabei müssen sowohl die Sicherheit und der Schutz vulnerabler Gruppen gewährleistet  
324 als auch ehrenamtliches Engagement niedrigschwellig möglich sein.

325 Der 2018 beschlossene Bau von modularen Unterkünften für Geflüchtete muss zudem zügig zum  
326 Abschluss gebracht werden, damit pro Bezirk die vereinbarten 1.000 Plätze errichtet werden.  
327 Damit Geflüchtete zügig von Unterkünften in Wohnungen ziehen können, insbesondere auch jene,  
328 die bereits seit vielen Jahren in Unterkünften leben, braucht es weitere Vereinbarungen über

329 Kontingente mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und mit privaten  
330 Wohnungsunternehmen. Zudem muss der Zugang zum Wohnberechtigungsschein für Geflüchtete  
331 unabhängig von der Dauer des Aufenthaltsstatus endlich ermöglicht werden. Zudem wollen wir  
332 durch Programme wie „Wohnen für Hilfe“ oder durch die Kooperation mit Sozialen Trägern  
333 Alleinlebende in großen Wohnungen oder gar Häusern davon überzeugen, Menschen aufzunehmen.  
334 Zudem wird es umso dringender, dass neuer Wohnraum im bezahlbarem Segment entsteht. Die  
335 Schaffung ausreichender UnterbringungsKapazitäten ist nur möglich, wenn alle Beteiligten in  
336 der Stadt ihren Beitrag leisten. Nicht nur die Landeseigenen Wohnungsunternehmen sollten wie  
337 bisher feste Vermietungsquoten für Geflüchtete erfüllen, auch die großen privaten  
338 Wohnungsunternehmen stehen in der Pflicht, einen deutlichen Beitrag zu leisten.

339 Überdies braucht es qualifizierte und passgenaue Angebote, die den verschiedenen Bedarfen  
340 der Geflüchteten gerecht werden. Etwa kostenlose Beratung zu Fragen des Aufenthalts und  
341 Asyls, des Studiums und der Erwerbstätigkeit sowie der sozialrechtlichen Unterstützung für  
342 Drittstaatler\*innen. Ebenso muss das Land Berlin auf die besonderen gesundheitlichen,  
343 psychosozialen oder Inklusionsbedarfe von allen Menschen aus der Ukraine adäquat reagieren –  
344 insbesondere bei der Unterstützung von trans-Geflüchteten, sowie Geflüchteten mit HIV oder  
345 anderen Infektionserkrankungen und von Geflüchteten mit Behinderungen.

346 Besonders viele der Geflüchteten sind Frauen. Sie kommen allein, mit Kindern oder mit  
347 Großeltern. Sie bangen um ihre männlichen Verwandten und Freund\*innen in der Ukraine und  
348 tragen zeitgleich Verantwortung für ihre Angehörigen, die sie mitbringen. Sie gehören zu den  
349 vulnerablen Gruppen. Schutz vor Gewalt und Ausbeutung gilt auch für sie. Bündnis 90/Die  
350 Grünen Berlin unterstützt Aufklärungskampagnen zu Menschenhandel und Informationen zu  
351 Gewalt. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Kampf gegen Menschenhandel von Seiten der  
352 Bundes- und Landespolizei sowie des Senats noch mehr in den Fokus gerückt wird.  
353 Letztgenannter soll gemeinsam mit dem vom Bundesfamilienministerium geförderten  
354 Koordinierungskreis gegen Menschenhandel eine Struktur schaffen, die darauf abzielt  
355 Menschenhandel und Ausbeutung von Schutzsuchenden maximal zu verunmöglichen. Die Teilnahme  
356 an einem Integrationskurs, Qualifizierungsmaßnahmen oder Arbeitsmarktangeboten soll allen  
357 geflüchteten Menschen aus der Ukraine zügig ermöglicht werden. Mütter können diese Angebote  
358 nur nutzen, wenn sie eine Kinderbetreuung haben. Wir setzen uns deshalb für die schnelle  
359 Eingliederung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Schulen ein, nicht nur in  
360 Willkommensklassen, sondern auch direkt integriert in die Regelklassen verbunden mit  
361 hybriden Lernmodellen, temporären außerschulischen Lerngruppen und frühkindlicher  
362 Sprachförderung außerhalb der Kitas. An den Schulen ist eine ausreichende personelle  
363 Ausstattung der schulpsychologischen Beratung zu gewährleisten.

364 Die Bedürfnisse von besonders vulnerablen Gruppen, insbesondere unbegleiteten minderjährigen  
365 Geflüchteten, sind von Minute eins an zu berücksichtigen. Darüber hinaus befürworten wir  
366 vereinfachte Einstellungsverfahren für die ukrainischen Geflüchteten als pädagogische  
367 Fachkräfte für ihre berufliche Integration und gleichzeitig als Brückenbauer\*innen zwischen  
368 den Kindern und Jugendlichen und den Bildungssystemen der Ukraine und Deutschlands.

369 Eines ist klar: Die Aufnahme flüchtender Menschen aus der Ukraine darf nicht zulasten  
370 anderer geflüchteter Menschen gehen, die bereits länger bei uns leben. Wir dürfen und werden  
371 auch diejenigen Schutzsuchenden nicht vergessen, die noch immer an der polnisch-  
372 belarussischen Grenze, in Afghanistan oder auf Lesbos ausharren müssen. Auch für sie muss es  
373 sichere & legale Fluchtwege und eine Chance auf Leben geben. Berlin als „Sicherer Hafen“  
374 heißt alle Schutzsuchenden willkommen.